



## INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

### „Arbeitsgemeinschaft der Ressortforschungseinrichtungen“ des Bundes

Seit Anfang dieses Jahres gibt es in der Forschungslandschaft der Bundesrepublik Deutschland einen Zusammenschluss von Ressortforschungseinrichtungen des Bundes.

Gab es für andere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie die Fraunhofer-, Leibniz- oder Helmholtz-Institute bereits je einen Dachverband zur Vertretung ihrer Interessen nach innen und nach außen, so fehlte dies bisher für die Forschungseinrichtungen des Bundes. Dieser Mangel wurde evident, als in der Diskussion um Ergebnisse der Evaluation von landwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen in der Öffentlichkeit recht pauschale, wenn nicht gar unqualifizierte Meinungen über die Ressortforschungseinrichtungen des Bundes insgesamt geäußert wurden. Zu deren Diskussion und Erwidierung fühlte sich aber keine Stimme auf Bundesebene berufen.

Inzwischen haben sich jedoch mehr als 30 Bundeseinrichtungen aus den unterschiedlichen Ressortbereichen zusammengeschlossen, um künftig mit „einer Stimme“ sprechen zu können. Dazu sagte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Prof. Dr. Manfred Hennecke, Präsident der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM): „Wir wollen die besonderen Belange und Stärken der Ressortforschung gegenüber Politik, der Öffentlichkeit und den übrigen Forschungsorganisationen vertreten.“

Alle Einrichtungen, die ein breites fachliches Spektrum abdecken, sind einzelnen Bundesministerien zugeordnet. Sie arbeiten im Feld der wissenschaftlichen Politikberatung für die Bundesregierung, aber sie tragen auch dazu bei, die wissenschaftliche und Informationsinfrastruktur der Bundesrepublik zu

verbessern. Sie greifen aktuelle gesellschaftliche, wirtschaftliche und wissenschaftliche Probleme auf und erarbeiten Handlungsoptionen für Politik und Verwaltung. Sie forschen neutral und unabhängig. Ihre besondere Stärke liegt darin, Forschungsthemen langfristig und kontinuierlich bearbeiten zu können. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Gewinnung und Sicherung von Daten und Informationen, die nicht nur intern zur Verfügung stehen.

Als Grundlage für den Zusammenschluss der Ressortforschungseinrichtungen diente ein Positionspapier mit dem Titel „Forschen – prüfen – beraten“, das die Aufgaben und Besonderheiten der Ressortforschung beschreibt. Es ist neben weiteren Informationen auf der Internetseite der Arbeitsgemeinschaft [www.ressortforschung.de](http://www.ressortforschung.de) nachlesbar.

Der wissenschaftliche Bereich des BBR hat sich an der Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft von Anfang an beteiligt. Sein Koordinator, Wendelin Strubelt, ist im Vorstand vertreten. Weitere Mitglieder sind: Prof. Dr. Johannes Löwer (Paul-Ehrlich-Institut) stellv. Vorsitzender, Prof. Dr. Gerhard Flachowsky (Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft), Jörn Thießen (Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr).

Am 18. Oktober dieses Jahres wird die Arbeitsgemeinschaft im Paul-Ehrlich-Institut in Langen bei Frankfurt ein erstes öffentliches Symposium zum Thema „Beiträge der Ressortforschung zur Sicherheit“ veranstalten. Ihm sollen weitere folgen, um die Arbeiten der Ressortforschungseinrichtungen insgesamt einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

#### Inhalt:

- „Arbeitsgemeinschaft der Ressortforschungseinrichtungen“ des Bundes
- Klein- und Mittelstädte in Stadtregionen
- Urban Governance
- Stadtbau in europäischen Städten mit Strukturkrise
- Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern
- Neue Berichte aus der Bauforschungsförderung
- Das Hochhaus und die europäische Stadt
- 2. Bericht zur Baukultur
- ExWoSt- und MORO-Informationen



Die Veröffentlichung kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 6,00 Euro (zzgl. Versand) bezogen werden.

## Klein- und Mittelstädte in Stadtregionen

### Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8.2005

Klein- und Mittelstädte erfahren neuerdings erhöhte Aufmerksamkeit. Sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene sind Forschungsprojekte initiiert worden, die den Blick auf diese Städtetypologien richten. Im Fokus des soeben erschienenen Themenheftes steht speziell die Rolle von Klein- und Mittelstädten, die im Umland großer Städte liegen. Forschungsergebnisse und Praxisbeispiele vermitteln einen Eindruck von Status quo und Perspektiven der Stadtentwicklung. Typisch für viele kleine und mittelgroße Städte in Stadtregionen ist ihre gute regionale und überregionale Erreichbarkeit. Dieser Lagevorteil ist einerseits Voraussetzung für eine dynamische Entwicklung. Andererseits kann ohne planerische Begrenzung des Wachstums oder der Wachstumsgeschwindigkeit der Standortvorteil zum Nachteil werden, wenn städtebauliche oder landschaftliche Qualitäten kleiner und mittelgroßer Städte ihrem Wachstum zum Opfer fallen.

Am Beispiel der Stuttgarter Region kann nicht nur belegt werden, dass das Bild der Kleinstadt aus einem rein ländlichen Kontext herauszulösen ist. Zudem wird die Gleichzeitigkeit von Nutzen und Lasten in großstadtnahen Kleinstädten illustriert. Deutlich wird die Ausprägung dieses Gegensatzpaares vor allem durch den Vergleich zwischen den beiden Städten Leinfelden-Echterdingen und Ostfildern: Während sich Leinfelden-Echterdingen – ehemals Flughafenstandort für die Region – seit zehn Jahren im Abwehrkampf gegen die Neue Messe befindet, bekennt sich Ostfildern zur zentralen Lage und wirbt mit dem neuen Stadtteil „Scharnhäuser Park“ um einen weiteren Einwohnerzuwachs.

Für eine der dynamischsten Regionen Europas, South East England, wird verdeutlicht, wie bei weiter anhaltendem Wachstum typischen Problemen, insbesondere Zersiedlungerscheinungen, durch Qualifizierungsmaßnahmen begegnet werden kann. Am konkreten Beispiel von Queenborough-Rushenden (Isle of Sheppey) greifen regionale Strategien und kleinstädtische Entwicklung ineinander.

Entscheidend für die Entwicklung kleiner und mittelgroßer Städte ist die Fähigkeit, ein eigenes Profil zu entwickeln und ihre städtischen Funktionen passend in das stadtregionale Funktionsgefüge einzubetten. Städtische Eigenständigkeit wird überlagert durch stadtregionale Abhängigkeiten. Das sind im

ungünstigsten Fall interkommunale Konkurrenzen, die Verlierer erzeugen, idealerweise sind es sich ergänzende interkommunale Beziehungsgefüge. In ihrem Verhältnis zu den jeweiligen Kernstädten sind die Klein- und Mittelstädte gefordert, sich von einer reinen Ergänzungsfunktion zu lösen. In ihrem Verhältnis zu den umliegenden kleineren oder ebenfalls mittelgroßen Städten müssen sie ein individuelles Profil und konkurrenzfähige Funktionen entwickeln.

Am Beispiel der beiden Mittelstädte Fürstenwalde und Rheinbach – die eine im Umland Berlins, die andere im Umland Bonn gelegen – werden die jeweiligen Strategien zur Eigenständigkeit dargelegt. Beide Städte profitieren von der Nähe zu einer Großstadt mit hoher Funktionalität.

Welche Position nehmen andere Mittelstädte in Stadtregionen ein? Aus der bundesweiten Perspektive werden mittelgroße Städte anhand ihrer Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarktzentralität in Relation zu kleineren und Großstädten gestellt. Es zeigen sich klare Ost-West-Unterschiede. Mittelstädte in den Stadtregionen der neuen Länder leiden vielfach unter drastischen Bevölkerungsverlusten. Bundesweit gesehen ist die Entwicklung der Kategorie „Mittelstädte in Stadtregionen“ dennoch stabil. Kleine Städte und Gemeinden erreichen z.T. auch enorme Zentralitätswerte (hohe Einpendlerquoten), können aber mengenmäßig in dieser Hinsicht nicht an mittelgroße Städte heranreichen. Gleichwohl liegt die Konkurrenz im Einzelfall auf der Hand. Die Groß- bzw. die jeweiligen Kernstädte sind nach Dichte und Arbeitsmarktzentralität nach wie vor dominant.

Insgesamt liefert das Heft eine Reihe von Eindrücken und neuen Erkenntnissen zur Entwicklung kleiner und mittelgroßer Städte in Stadtregionen. Gleichzeitig treten offene gebliebene Fragen zu Tage: Welches Profil passt zu welcher Stadt? Welches sind die jeweils spezifischen Potenziale? Lassen sich Klein- und Mittelstädte typisieren, z. B. anhand ihrer städtebaulichen Strukturen und Entstehungsgeschichte? Wie lassen sich interkommunale Abstimmungsprozesse organisieren und positiv beeinflussen? Jene Fragestellungen bestätigen die Relevanz von Klein- und Mittelstädten als Forschungsgegenstand.

#### Kontakt:

Dr. Brigitte Adam  
Referat I 2 „Stadtentwicklung“  
Tel.: 018 88 – 401 23 25  
Fax: 018 88 – 401 23 56  
E-Mail:  
brigitte.adam@bbr.bund.de

## Urban Governance

### Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/10.2005

Das Heft „Urban Governance“ dokumentiert die Beiträge einer Konferenz, die gemeinsam vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung und dem interdisziplinären Forschungszentrum POLIS an der Universität Bonn am 14. Mai 2004 im Universitätsclub Bonn veranstaltet wurde. Ihr Ziel war die Initiierung eines produktiven Diskurses zwischen Vertretern aus Wissenschaft und Praxis. Das Spektrum der Aufsätze belegt, dass mittlerweile auch im deutschsprachigen Raum zahlreiche Arbeiten zum Themenfeld Urban Governance existieren.

Abstrakt definiert benennt Governance die Gesamtheit aller nebeneinander bestehenden Formen kollektiver Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte: von der institutionalisierten zivilgesellschaftlichen Selbstregelung über verschiedene Formen des Zusammenwirkens staatlicher und privater Akteure bis hin zu hoheitlichem Handeln staatlicher Akteure. Konkrete Neuarrangements gesellschaftlicher Koordination verschneiden demzufolge die Logik verschiedener Governancemodi miteinander. Sie integrieren dabei oftmals hierarchische, marktliche und netzwerkartige Mechanismen zu einem spezifischen Mix der Governanceformen. Werden diese Sachverhalte im Kontext von Stadtentwicklung und Stadtpolitik untersucht, wird von Urban Governance gesprochen.

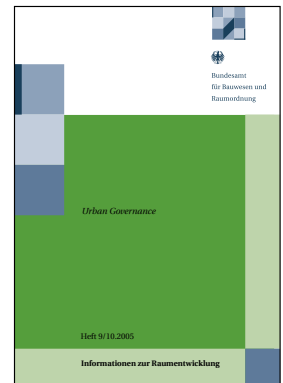
Forschungen zur Urban Governance thematisieren vor allem Verschiebungen im Verhältnis von Staat und Gesellschaft, die als Veränderung des jeweiligen Gewichts des öffentlichen, privaten und dritten Sektors wahrgenommen werden. Dieser Wandel ist Ausdruck sich ändernder Rollenverteilungen zwischen der öffentlichen Verwaltung und nichtstaatlichen Akteuren. In seinem Verlauf kommt es zu Überlappungen zwischen den Sektoren. An ihren Schnittstellen bilden sich neuartige, häufig hybride Organisationsformen heraus. Diese neuen institutionellen Arrangements behandeln die Beiträge dieses Heftes.

Vielfach legitimiert sich Public Private Partnership auch durch die Hoffnung, es könnten Synergien zwischen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Kompetenzen bewirkt werden. Die öffentliche Hand liefert Planungssicherheit, stellt Förderprogramme bereit und leistet einen Interessenausgleich.

Die Privatwirtschaft mobilisiert privates Kapital und bringt Managementkompetenzen zur kosten- und zeiteffizienten Umsetzung stadtentwicklungspolitisch relevanter Vorhaben ein. Zivilgesellschaftliche Akteure ergänzen komplementäres Wissen. Ihre Mitwirkung in Planungsverfahren führt nicht nur zu einer weiteren Demokratisierung der Stadtpolitik, sondern erhöht zudem auch noch die Wahrscheinlichkeit, dass adäquate Problemlösungen erzielt werden. Verschiedene Beiträge verdeutlichen, dass die angewandte Governanceforschung sich nicht nur mit den Vor- und Nachteilen von Privatisierungsstrategien beschäftigt. Auch die Stärkung basisdemokratischer Mitbestimmung wird untersucht. Im Sinne eines „aktivierenden Wohlfahrtsstaats“ soll die Handlungsfähigkeit betroffener Akteursgruppen erhöht werden. Trotz des immer weiteren Vordringens kooperativer Arrangements sind hierarchische Steuerungsformen in der Stadtpolitik aber noch nicht obsolet geworden. Bei harten Verteilungs- und Zielkonflikten werden machtbasierte Interventionsressourcen nach wie vor benötigt.

Mehrere Beiträge gehen auf das Verhältnis von Urban Governance und Innovation ein. Sie zeigen am Beispiel von Modellvorhaben, dass in vielen Fällen nicht durch den Rückzug, sondern erst durch die Ausweitung des öffentlichen Leistungsspektrums notwendige Innovationen erschlossen werden können. Durch finanzielle Förderung von Musterlösungen und experimentellen Projektzuschnitten gelingt es, „Kreativität“ in die Stadt- und Regionalentwicklung einzuführen.

Bisher spielen privatwirtschaftliche Akteure in der Stadtentwicklung vor allem in Form von Unternehmen eine Rolle, die in konkrete Projekte investieren oder an deren Umsetzung beteiligt sind. Die Städte Wolfsburg und Dortmund stehen dagegen für einen noch jungen Trend in der strategischen Stadtentwicklungsplanung. Hier wird von der Kommunalpolitik nicht nur eine Kooperation mit Developern und Investoren gesucht, sondern aktiv die Expertise von Unternehmensberatern bei der Formulierung von Zielen und Inhalten der Stadtentwicklungspolitik einbezogen. Große Unternehmensberaterfirmen erweitern das Akteursspektrum um einen neuen Typ.



Die Veröffentlichung kann beim  
Selbstverlag des BBR  
Postfach 21 01 50  
53156 Bonn  
Fax: 018 88 – 401 22 92  
E-Mail:  
selbstverlag@bbr.bund.de  
zum Preis von  
12,00 Euro (zzgl. Versand)  
bezogen werden.

#### Kontakt:

Klaus Einig  
Referat I 1 „Raumentwicklung“  
Tel.: 018 88 – 401 23 03  
Fax: 018 88 – 401 23 56  
E-Mail:  
klaus.einig@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 12,50 Euro (zzgl. Versand) bezogen werden.

## Stadtumbau in europäischen Städten mit Strukturkrise

### Werkstatt: Praxis, Heft 37

Deindustrialisierung und flächenhafte Wohnungsüberhänge in Ostdeutschland haben im zurückliegenden Jahrzehnt die städtebauliche Diskussion dafür sensibilisiert, dass Stadtentwicklung auf Dauer nicht nur räumliche Verteilung von Wachstum sein wird. Eine immer wichtiger werdende Aufgabe ist vielmehr die Gestaltung von Rückentwicklungsprozessen. Der Diskurs über die demographische Entwicklung der deutschen Bevölkerung hat diese Städtebau-Debatte noch verstärkt und sie zunehmend auch auf die Entwicklung einzelner Kommunen in Westdeutschland fokussiert.

Wirtschaftsstruktureller und demographischer Wandel als Ursache von Rückentwicklungsprozessen sind jedoch nicht auf Deutschland begrenzt, sondern betreffen viele hoch industrialisierte Länder. Diese Tatsache hat die Neugier auf ausländische Erfahrungen zur Befruchtung der hiesigen Diskussion geschürt. Im Rahmen des ExWoSt-Forschungsfeldes Stadtumbau West wurde daher der Blick über die nationalen Grenzen hinaus gerichtet, um die in anderen europäischen Ländern bereits

vorliegenden Erfahrungen mit städtischen Schrumpfungsprozessen gezielt hinsichtlich möglicher konkreter Anregungen für die Stadtumbau-Praxis in Deutschland auszuwerten.

Aufbauend auf den bisherigen Erkenntnissen im Stadtumbau West konzipierte und koordinierte die Forum GmbH im Auftrag des BBR eine europäische Vergleichsstudie zum Stadtumbau und beteiligte fünf Bearbeiterteams, die zehn unterschiedliche europäische Städte fallstudienartig untersuchten. Die ausgewählten Städte sind ausschließlich dem Typ „Stadt in Strukturkrise“ zuzuordnen. Bewältigungsstrategien gesamtstädtischer Schrumpfungsprozesse, die maßgeblich durch den krisenhaften Niedergang einer wirtschaftlichen Monostruktur verursacht wurden, stehen im Mittelpunkt der Studie. Im Heft werden die einzelnen Fallstudien aus Großbritannien, Dänemark, Schweden, Italien, Spanien und Frankreich vorgestellt. Aus einer vergleichenden Darstellung und Auswertung aller untersuchten Fallstudien sollen Anregungen für den Stadtumbau in Deutschland gewonnen werden.



Die Veröffentlichung kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 12,50 Euro (zzgl. Versand) bezogen werden.

## Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern

### Werkstatt: Praxis, Heft 38

Die ländlichen, dünn besiedelten Landstriche sind zweifellos Vorreiter für eine demographische Entwicklung, die vielen Kreisen und Regionen in Zukunft bevorsteht: Die Bevölkerung nimmt ab, es gibt immer weniger Junge und immer mehr Alte. Das öffentliche Leben verändert sich und damit auch der Bedarf an öffentlichen Einrichtungen und Angeboten. Die angespannte finanzielle Situation zwingt die Kommunen, schnell zu handeln. Denn zu groß dimensionierte Angebote führen zu Tragfähigkeitsproblemen und belasten die Ausgabenseite. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss vor diesem Hintergrund dennoch die Aufgabe erfüllen, eine Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen bereit zu stellen und deren Erreichbarkeit zu sichern.

Bildung, medizinische Versorgung, Wasserver- und -entsorgung und ÖPNV zählen zu den wichtigsten Handlungsfeldern; das Zentrale-Orte-System als Planungsinstrument muss angepasst, d. h. gestrafft werden.

Diese Aufgaben wurden in dem Modellvorhaben der Raumordnung „Anpassungsstrategien...“ in drei Modellregionen in Angriff genommen und in Arbeitsgruppen mit einer Vielzahl von Akteuren in fachübergreifender und interkommunaler Zusammenarbeit bearbeitet.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Im Rahmen des Modellvorhabens sind viele Strategien und Konzepte für ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges, zukunftsfähiges Infrastrukturangebot entstanden. Einige befinden sich heute in der Umsetzungsphase. In dem aktuell in der BBR-Reihe Werkstatt: Praxis veröffentlichten Schlussbericht werden diese Guten Beispiele ausführlich dokumentiert. Lösungsansätze aus ländlichen Regionen anderer europäischer Staaten ergänzen die Darstellung der Handlungsmöglichkeiten. Hinweise für die Übertragung der Ansätze auf andere Regionen und Handlungsempfehlungen für regionale Akteure runden den Bericht ab.

## Neue Berichte aus der Bauforschungsförderung

Auf der Grundlage von § 43 Wohnraumförderungsgesetz fördert der Bund Forschungen mit dem Ziel der Baukostensenkung und der Rationalisierung des Bauvorgangs unter Berücksichtigung des ökologischen Bauens und des gesunden Wohnens. Die Förderung der Bauforschung wird jährlich durch das BBR ausgeschrieben. Bewerben können sich Unternehmen, Forschungsinstitute und Planer. Im Folgenden werden zwei kürzlich abgeschlossene Forschungsvorhaben vorgestellt.

### Konzepte zur Anpassung des Mietwohnungsbestandes aus den 50er und frühen 60er Jahren

Der Wohnungsbestand der Nachkriegszeit stellt rund ein Viertel des gesamten Mietwohnungsangebots in Deutschland. Durch Modernisierungen wurden in der Vergangenheit zwar bauliche Anpassungen vorgenommen, geblieben sind jedoch enge Grundrisse und oft unzureichende Technik. Ein Großteil des Bestands liegt in wenig nachgefragtem Umfeld, hier ist die Vermietung schwierig geworden.

Die Untersuchung zeigt auf, welche Perspektiven für jenen Teil des Bestands bestehen, der keine Neubaumieten einspielen wird, und für jenen, der bau- oder eigentümerseitig keine klassische Modernisierung zulässt. Die Arbeit stützt sich auf Literaturanalysen, Expertengespräche und Erhebungen zu Beispielen.

Der Bestand ist nicht homogen, wenn es um Perspektiven und Maßnahmen geht. Die klassische Anpassung an heutige Standards ist zwar technisch meist möglich, führt aber zu Mieten, die in den meisten Märkten nicht realisierbar sind. Zugleich würde ein Segment vernichtet, das die niedrigsten Mieten aufweist. Vor diesem Hintergrund gibt es kein allgemein gültiges Konzept für die Anpassung.

In jedem Einzelfall ist zunächst eine Richtungsentscheidung zu treffen: Konservierung, Stabilisierung mit der Perspektive Weiterentwicklung oder sofortiger vollständiger Umbruch. Dann ist zu prüfen, wem Veränderungen dienen sollen: Maßnahmen müssen auf Zielgruppen zugeschnitten werden, und diese müssen gegeben und erreichbar sein. Anhand von Beispielen werden zielgruppenorientierte Einzelmaßnahmen vorgestellt: von der Veränderung des Wohnungsangebots über Mietermaßnahmen bis zur Vermarktung und Mietgestaltung.

### Kostensenkung durch Modifizierung vorhandener Regelwerke

Ziel der Forschungsarbeit ist, die Auswirkungen bestehender Regelwerke und deren Modifizierung auf den privaten Wohnungsneubau zu ermitteln, um daraus Ansätze für notwendige Änderungen der Regelwerke ableiten zu können.

Anstelle eines Lebenszyklus von 80 – 100 Jahren definieren die Forscher einen Nutzungszyklus für die jeweilige Nutzungsgeneration von 30 Jahren, nach deren Auszug es zu einer neuen Investitionsstrategie kommt. Dieser neue Ansatz führt zu entsprechend kurzfristigeren Betrachtungsweisen und zu einer von der bisherigen Betrachtung von technischen Lebensdauern einzelner Bauteile losgelösten Investitionsstrategie.

Bei einer Gliederung der Kosten eines Nutzungszyklus anhand der DIN 18960 (Nutzungskosten im Hochbau) zeigt sich, dass die Nutzungszykluskosten je nach Szenario zu ca. 55 bis 65 % aus Kapitalkosten, zu ca. 25 bis 35 % aus Betriebskosten und nur zu ca. 10 % aus Instandsetzungskosten bestehen. Dabei ist zu beachten, dass in den dargestellten Ergebnissen die Kapitalkosten für das Grundstück nicht enthalten sind. Je nach Grundstücksgröße und Preis erhöht sich der durchschnittliche relative Anteil der Kapitalkosten in den Beispielrechnungen auf bis zu 70 %.

Die für den privaten Wohnungsneubau maßgeblichen Regelwerke werden identifiziert und die Auswirkungen anhand eines Beispielobjekts mit unterschiedlichen Szenarien zu zukünftigen Kostenentwicklungen quantifiziert. Unter anderem werden Regelwerke des öffentlichen Baurechts sowie des Steuern- und Abgabenrechts, die Handwerksordnung, die Erbbaurechtsverordnung, die Energieeinsparverordnung, die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure sowie private Regelwerke untersucht. Die Ergebnisse sind je nach Szenario von der Höhe des Einflusses sehr unterschiedlich, bestätigen allerdings durchgehend die Bedeutung der Kapitalkosten im privaten Wohnungsneubau.

Im Schlusskapitel schlagen die Forscher einen Regelwerke übergreifenden Ansatz zur Senkung der Nutzungskosten vor, u. a. die Einführung eines Modells zur Berechnung der Nutzungszykluskosten als Basis der Entscheidungsfindung am Planungsbeginn.

### Konzepte zur Anpassung des Mietwohnungsbestandes aus den 50er und frühen 60er Jahren

Forscher: ARGE Kirchhoff/Jacobs, Hamburg

### Kostensenkung durch Modifizierung vorhandener Regelwerke

Forscher: Prof. Rainer Wanninger, TU Braunschweig

Die Langfassungen der Forschungsberichte sind über das Informationszentrum Raum und Bau Nobelstraße 12 70567 Stuttgart [irb@irb.fraunhofer.de](mailto:irb@irb.fraunhofer.de) [www.irbdirekt.de](http://www.irbdirekt.de) zu beziehen.

### Kontakt:

Guido Hagel  
Referat II 13 „Wohnungswirtschaft, Kostensenkung, Förderung der Bauforschung“  
Tel.: 018 88 – 401 14 82  
Fax: 018 88 – 401 15 19  
E-Mail:  
[guido.hagel@bbr.bund.de](mailto:guido.hagel@bbr.bund.de)



Die Veröffentlichung kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 10,00 Euro (zzgl. Versand) bezogen werden.

## Das Hochhaus und die europäische Stadt

### Zweites Themenheft der Reihe „Forum Bau und Raum“ erschienen

Bei seiner Ankunft im Hafen von New York beeindruckte den Architekten Peter Behrens die in Nebel gehüllte Hochhaussilhouette der Stadt. Fasziniert von diesem Erlebnis beschrieb er 1912 Wolkenkratzer als Vorboten einer neuen Architektur. Die wenig später nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen expressiven Turmhausvisionen von Bruno Taut oder die visionären Hochhausstadtentwürfe von Ludwig Hilbesheimer vermitteln uns noch heute ein Bild von dem damaligen Enthusiasmus. Allerdings ließen die wirtschaftlichen Verhältnisse der 20er und 30er Jahre nur einen Bruchteil dieser Visionen Realität werden. Für europäische Planer verloren die amerikanischen Hochhausstädte auch nach dem Zweiten Weltkrieg nichts von ihrer Faszination. Jedoch blieben „Skyscrapercities“ auf dieser Seite des Atlantiks unverwirklicht.

Nur wenige Hochhauscluster entstanden: Der Stadtteil La Défense in Paris wurde planmäßig am Rande der Kernstadt entwickelt, die Hochhaussilhouette von Frankfurt am Main gewann nach und nach an Kontur, allerdings ohne im internationalen Maßstab in Höhe und Anzahl an vorderer Stelle mit anderen Hochhauscities konkurrieren zu können. Ansonsten wurden in den deutschen Städten eher vereinzelt Hochhäuser geplant. Eine umfassende städtebauliche Diskussion über diesen verhältnismäßig neuen Bautyp im Gefüge der gewachsenen europäischen Stadt fand kaum statt.

Nachdem in den 80er und 90er Jahren nur relativ wenig Hochhausbauten entstanden, werden sie nun wieder verstärkt diskutiert, geplant und gebaut. Ihre Bewertung fällt

hingegen heute differenzierter aus. Für die einen gilt es, das Hochhaus in das gewachsene Gefüge der Stadt sorgsam einzugliedern. Andere leiten aus der starken Autonomie das Hochhaus als einen besonderen Bautyp ab, den es noch mehr in seinem innovativen architektonischen Anspruch hervorzuheben gilt. Daneben machen sich Stimmen bemerkbar, die diesen Bautypus überhaupt als negativ besetztes Symbol einer zunehmend globalisierten Welt kritisch bewerten.

Die jüngsten in einer breiten Öffentlichkeit geführten Auseinandersetzungen in München und Köln zeigen, wie sensibel Hochhauspläne in historisch gewachsenen Städten wahrgenommen werden. Während in München eine Bürgerbefragung mit einem knappen Ergebnis gegen Hochhausbauvorhaben endete, setzt sich in Köln die Auseinandersetzung fort. Von einer im Entstehen begriffenen rechtsrheinischen Hochhauscity wird die Wirkung des Domes im traditionellen Stadtbild als gefährdet angesehen.



New York, Manhattan

Der einsetzenden städtebaulichen Debatte um Symbolkraft, Ästhetik oder technisches Innovationspotenzial von Hochhäusern fehlte eine Diskussionsplattform, die über die regionalen Ebenen hinaus Fragestellungen von bundesweiter Bedeutung verfolgte und dabei auch internationale Entwicklungen berücksichtigte. Dieser offensichtliche Nachholbedarf war Anlass für das BBR, sich punktuell dem Problem des Hochhauses in der gewachsenen Stadt anzunehmen. Nach einer vorangegangenen Diskussionsveranstaltung (siehe BBR Info Nr. 6 Dezember 2004) liegt die zweite Ausgabe der Reihe „Forum Bau und Raum“ zu dieser Frage vor. Die erste Ausgabe der neuen Reihe widmete sich dem Thema „Suburbia“. Nun kommt die zweite Ausgabe thematisch als „Supraurbia“ in die Mitte der Stadt zurück. Autoren wie Thomas Sieverts, Hans Kollhoff, Werner Sobek, Harald Bodenschatz, Hans Stimmann, Christane Thalgott oder Bruno Flierl versuchen eine Antwort auf das Thema Hochhaus in der europäischen Stadt zu geben.



Hochhäuser, Frankfurt am Main

#### Kontakt:

Dr. Olaf Asendorf  
Referat II 3 „Baukultur,  
Architektur, Städtebau“  
Tel.: 018 88 – 401 12 71  
Fax: 018 88 – 401 15 49  
E-Mail:  
olaf.asendorf  
@bbr.bund.de

## Baukultur!

### Der zweite Bericht zur Baukultur in Deutschland ist erschienen

Baukultur hat sich in den vergangenen Jahren als neues, querschnittsorientiertes Politikfeld etabliert. Im Rahmen der „Initiative Architektur und Baukultur“ wurde das Thema auf vielfältigen Plattformen diskutiert und nach einer neuen Qualitätsbestimmung für die gebaute Umwelt gefragt. Vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen für das Bau- und Planungswesen bestehen hier allerdings noch keine gesicherten Wissensgrundlagen. Wie verändert die Globalisierung die Baukultur in Deutschland? Welche neuen Akteure betreten die Arena und welche Interessen bestimmen ihr Handeln? Welche Bauaufgaben werden in Zukunft dominieren und damit auch die Qualifikation der Fachleute bestimmen? Diese Fragen müssen beantwortet werden, um zielgenaue baukulturpolitische Instrumente konzipieren zu können.

Das BBR hat daher in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen eine Forschungsarbeit in Auftrag gegeben mit dem Ziel, die wesentlichen Aktionsbereiche der Baukultur im 21. Jahrhundert zu ermitteln, zu analysieren und vorbildliche Handlungsansätze vorzustellen. Das Ergebnis liegt nun als Buch vor und soll es einer breiten Fachöffentlichkeit ermöglichen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die Erstellung des Berichts wurde von einem Beirat begleitet, dem Mitglieder der Lenkungsgruppe der Initiative Architektur und Baukultur und des Präsidiums des Konvents der Baukultur angehörten.

Das Buch beschreibt eine Vielzahl an Handlungsfeldern, vom Bauwesen über die Architektur bis zu Städtebau und Stadtplanung. So steht die Baugemeinschaft in Leipzig neben dem avantgardistischen Wohnquartier in Weimar, die von Kindern mitgeplante Schule in Gelsenkirchen neben der neuen Elbphilharmonie in Hamburg. Und es entsteht ein Bild aktueller Baukultur in Deutschland – nicht durch eine abschließende Definition, sondern durch die Vielzahl verschiedener Qualitätsaspekte in den vorgestellten Projekten.

Ein einfacher Werkzeugkasten für die Entwicklung einer zukunftsfähigen qualitätsvollen Baukultur wird nicht bereitgestellt. Dazu sind die Fragestellungen zu vielschichtig, die zwischen den Akteuren ausgehandelt

werden. Für diese komplexen Herausforderungen müssen in jedem Projekt neue Lösungen gefunden werden. Das Wesentliche an guter Baukultur ist, dass sie eingleisige Prozesse nicht duldet, dass es keine Gleichgültigkeit gegenüber sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen Belangen gibt und dass sie dem Bedürfnis der Menschen nach Schönheit und Annehmlichkeit gerecht wird.

Das erfordert zum einen mehr Kooperation: beim Entwickeln von Projekten, beim Entwerfen, Konstruieren, Ausführen, Betreiben und Unterhalten. Im Vordergrund stehen zwar die Planungsaufgaben mit ihren Anforderungen an Funktionen, technische Solidität, Wirtschaftlichkeit. Aber diese sind nicht schematisch und isoliert voneinander abzuarbeiten, zusätzlich ist eine Kultur der Zusammenschau und Zusammenarbeit gefordert. Zum anderen erfordert es Aufmerksamkeit, Interesse und Mitwirkung. Diese können nur wachsen, wenn sie von klein auf in der alltäglichen Lebenswelt und am Ort des Geschehens vermittelt und gestärkt werden.

Lokale Baukulturen bilden hier den fruchtbaren Nährboden, der die dauerhafte Motivation und stetige Beschäftigung möglichst vieler Akteure mit Bau- und Planungsprojekten immer wieder aufs Neue gewährleistet. Solche Baukulturen haben in München andere Träger und Instrumente als in Köln, in Zwickau oder in Münster. Ja, diese Differenzen sind gerade die Ursache für die dortigen hochwertigen Lösungen. Die rund 100 Beispiele im neuen Baukulturbericht verdeutlichen, dass es keine monokausalen Erklärungsmuster für gute oder schlechte Baukultur gibt. Ob sie entsteht hängt von vielem ab, auf keinen Fall jedoch ausschließlich vom Geld. Viel entscheidender sind Offenheit, Begeisterungsfähigkeit und Engagement.

Baukultur!  
Informationen – Argumente – Konzepte  
Zweiter Bericht zur Baukultur in  
Deutschland  
Rotraut Weeber, Hannes Weeber,  
Gert Kähler



**Das Buch ist kostenfrei  
erhältlich beim BBR**

Tel.: 018 88 – 401 12 95

Fax: 018 88 – 401 15 49

E-Mail: [architektur.baukultur](mailto:architektur.baukultur@bbr.bund.de)

[baukultur](mailto:baukultur@bbr.bund.de)

[@bbr.bund.de](mailto:@bbr.bund.de)

#### Kontakt:

Stephan Willinger

Referat II 3 „Baukultur,  
Architektur, Städtebau“

Tel.: 018 88 – 401 12 75

Fax: 018 88 – 401 12 19

E-Mail:

[stephan.willinger](mailto:stephan.willinger@bbr.bund.de)

[@bbr.bund.de](mailto:@bbr.bund.de)

**Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag**

Bundesamt für  
Bauwesen und Raumordnung  
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn  
Telefon: 0 1888 - 401 - 0  
Telefax: 0 1888 - 401 - 2266  
web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

**G 7718 F**

**Verantwortlich**

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

**Redaktionelle Bearbeitung**

Gabriele Bockshecker

**Druck**

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr. Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 4/2005 – September

ISSN 1434 – 9590



## „ExWoSt-Informationen“ und „MORO-Informationen“

### Kostenlose Informationsbroschüren berichten über Fortschritte aus laufenden ExWoSt- und MORO-Forschungsfeldern und Modellvorhaben

Mit den Forschungsprogrammen Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) und Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) fördert der Bund innovative Planungen und Maßnahmen zu wichtigen städtebaulichen und wohnungspolitischen bzw. raumordnerischen Themen. Mit der gezielten Förderung innovativer regionaler und lokaler Handlungsansätze in Modellvorhaben sollen „Gute Beispiele aus der Praxis“ unterstützt werden, um andere Städte und Regionen mit ähnlichen Problemen und Zielen zur Nachahmung dieser innovativen Ansätze zu motivieren.

Um die interessierte Fachöffentlichkeit und Akteure aus Kommunen und Regionen auf laufende Forschungsfelder und Modellvorhaben in ExWoSt und MORO aufmerksam zu machen, veröffentlicht das BBR kostenlose Informationsbroschüren. In den Broschüren „ExWoSt-Informationen“ und „MORO-Informationen“ wird zu wichtigen Meilensteinen im Projektverlauf Zwischenbilanz gezogen und über Forschungs- und Handlungsansätze sowie über Fortschritte und Ergebnisse aus den Modellvorhaben berichtet.

In den letzten Monaten sind „ExWoSt-Informationen“ aus den Forschungsfeldern „Gender Mainstreaming im Städtebau“, „Fläche im Kreis“, „Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen“ und „Modelle genossenschaftlichen Wohnens“ erschienen. „MORO-Informationen“ sind zum Forschungsfeld „Innovative Projekte zur Regionalentwicklung“ erhältlich.

lich. Eine Auflistung aktueller „ExWoSt- und MORO-Informationen“ finden Sie im grauen Kasten.

Gedruckte Exemplare der Informationsbroschüren können kostenfrei auf den Internetseiten der jeweiligen Forschungsfelder bestellt werden unter [www.bbr.bund.de/exwost](http://www.bbr.bund.de/exwost) oder [www.bbr.bund.de/moro](http://www.bbr.bund.de/moro). Zusätzlich stehen alle „ExWoSt- und MORO-Informationen“ auf diesen Internetseiten als pdf-Datei zum Download zur Verfügung. Eine Übersicht aller bisher erschienenen „ExWoSt-Informationen“ und „MORO-Informationen“ finden Sie mit Downloadmöglichkeit unter [www.bbr.bund.de/veroeffentlichungen/veroeffentlichungen.htm](http://www.bbr.bund.de/veroeffentlichungen/veroeffentlichungen.htm).

Kostenlose Bestellung (Print) oder Download (pdf) unter:  
[www.bbr.bund.de/exwost](http://www.bbr.bund.de/exwost)  
und  
[www.bbr.bund.de/moro](http://www.bbr.bund.de/moro)  
oder [www.bbr.bund.de/veroeffentlichungen/veroeffentlichungen.htm](http://www.bbr.bund.de/veroeffentlichungen/veroeffentlichungen.htm)

**Aktuelle ExWoSt-Informationen**

- Nr. 25/2: Fläche im Kreis – Vor dem Start der Planspiele
- Nr. 26/3: Gender Mainstreaming im Städtebau – Gender Mainstreaming – Wem nützt es?
- Nr. 27/2: Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen – Modellvorhaben zum Neubau
- Nr. 28/1: Modelle genossenschaftlichen Wohnens – Genossenschaftspotenziale. Kurzportrait der Modellvorhaben

**Aktuelle MORO-Informationen**

- Nr. 1/1: Innovative Projekte zur Regionalentwicklung – Kurzportraits der Modellvorhaben
- Nr. 1/2: Innovative Projekte der Regionalentwicklung – Stand der Dinge: Erste Ergebnisse aus den Modellvorhaben